УДК 327.8

DOI 10.17506/articles.mobility.2019.206217

Robert Stingl,

Researcher-Professor of the Faculty of Political Sciences
of The Autonomous University of Mexico State,
Mexico

Adriana Franco Vargas,

Postgrade Student of the Faculty of Political Sciences
of The Autonomous University of Mexico State,
Mexico

Eine Kritik An Soft Power Als Method Der Friedlichen Durchsetzung Geopolitischer Interessen

Soft Power gilt als friedliche Form der Durchsetzung geopolitischer Interessen. Joseph Nye prägte diesen Begriff in den 90igern und stellte in klar der Hard Power gegenüber, die mit härteren Methoden wie Krieg, Bedrohung, Bestechung und Korruption operiert. Sie war und ist historisch gesehen die erste Option in der Lösung internationaler Konflikte. Da aber die Folgeschäden nicht absehbar sind und sie meistens nur kurz aber keine mittelfristige Lösung brachte, musste ein Umdenken geschehen. Wie weit aber Soft Power für eine bessere Konfliktlösung beiträgt, ist fraglich und Gegenstand dieses Textes.

Schlüsselworte:

softpower, hard power, osterweiterung, Europäische Union, geopolitik.

Introducción. Im politischen Diskurs der 90iger Jahren prägte Joseph Nye den Begriff der *Soft Power* und dieser sollte einen Paradigmenwechsel in der Geopolitik herbeiführen. Während politische Interessen seit jeherdurch „harte Methoden“ durchgesetzt wurden, setzt die *Soft Power* auf Überzeugung. Während die *Hard Power* kriegerische Mittel oder Methoden wie die Korruption, Bedrohung oder Bestechung von politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungsträgern mit einschließt, baut die *Soft Power* einzig und allein auf die Überzeugungskraft von kultureller Attraktivität, Ideologie oder den Institutionen auf. Sie ist eindeutig friedlicher

als die *Hard Power*, die historisch gesehen die erste Option der Konfliktlösung oder auch der Durchsetzung politischer Interessen war. Dieser Strategiewechsel ist notwendig geworden, da die Folgeschäden einer Politik der harten Hand nicht absehbar sind und oft nur kurz aber keine langfristigen Lösungen bringen. Ganz im Gegenteil, sie verschärfen meistens Konflikte oder erzeugen neue Spannungen. Der Ehemalige US Präsident Barack Obama definierte zusätzlich den Begriff der *Smart Power*: Ein Zusammenspiel von Hard und Soft Power. Die geopolitischen Optionen wurden erweitert. Ob sie aber alle zielführend sind, ist fraglich und soll in diesem Text geklärt werden.

Als Beispiel für eine gelungene Anwendung von Soft Power führt Nye die Osterweiterung der Europäischen Union an, der sich die ehemaligen Staaten der Sowjetunion anfangs des neuen Jahrtausends anschlossen. Das Konzept der Sicherheit und der wirtschaftlichen Stabilität überzeugte sie mehr als ein loser Verbund von einzelnen Nationalstaaten mit der ständigen Gefahr Opfer einer möglichen expansionistischen Außenpolitik Russlands zu werden. Die Union wurde mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten aber nicht nur wirtschaftlich oder kulturell erweitert sondern auch zu einem Verteidigungsbündnis, denn die Beistandspflicht verspricht jedem Schutz gegen einen möglichen Invasor. Dies könnte ein Grund mehr sein sich dem Westen anzuschließen, da die geopolitische Lage in Europa zwischen West und Ost angespannt ist oder zumindest aus historischen Begebenheiten zwischen beiden Himmelsrichtungen großes Misstrauen herrscht. Der Westen von Europa positionierte sich mit Hilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg als ein Bollwerk gegen den Kommunismus und so sind viele Nationen nicht nur Mitglieder der Union sondern auch der NATO. Damit sind beide Organisationen mit einigen Ausnahmen wie Schweden oder Österreich ident. Die Frage ist aber bis heute nicht geklärt, ob sich diese neutralen Staaten bei einem Konflikt gegen einen Mitgliedsstaat neutral verhalten können. Mit dem Beitritt in die EU, traten viele der neuen Nationen auch der NATO bei und so wurde die EU aber auch das Militärbündnis erweitert. Die Militärdoktrin des Westens ist nach wie vor gegen den ideologischen Feind im Osten ausgerichtet. Die Grenzen des kalten Krieges verschoben sich direkt an die Grenzen von Russland. Auch die Stationierung eines Raketensystems durch die NATO direkt an diese Grenze und gegen den ehemaligen Blockführer gerichtet, wird als weitere Provokation betrachtet. Die NATO betone stets, dass dies nur zur Verteidigung diene, da Russland durch die Stationierung von

Mittelstreckenraketen gegen den Abrüstungsvertrag INF aus dem Jahre 1987 verstoße. Auch Russlands Verlust an politischem Einfluss auf sein ehemaliges Hoheitsgebiet, das bis zum Fall der Berliner Mauer unter seiner Kontrolle stand, feuerte den Konflikt zwischen West und Ost erneut an. Ein Denken wie im Kalten Krieg, jedoch mit verschobenen Grenzen, brach wieder hervor. Dies wollte man eigentlich mit dem Fall der Berliner Mauer als überwunden ansehen, doch die alten Denkschemas sind nach wie vor präsent. Beide dieser Erweiterungen erneuerten und erzeugten neue Spannungen, denn sie werden von Russland als Bedrohung der eigenen Souveränität und Interessen eingestuft. Das Russland aus dieser historischen Perspektive für den Westen immer noch nicht in Europa eingebunden ist, verschärft die Situation. Die Außenpolitik der Union bindet Russland nicht als gleichwertigen Partner ein, aber es sollte klar sein, dass es ohne Russland keine friedliche Integration in Europa geben kann; nicht wirtschaftlich – nicht militärisch. Vor allem nicht, da Europa von den Ressourcen Russlands abhängig ist und dies immer ein Druckmittel gegen sie sein wird. Zwar wurde die EU mittels Soft Power friedlich erweitert, also die Methoden geändert, jedoch die durch verschiedene Interessen erzeugten Konflikte nicht beseitigt. Die Erweiterung des Wirtschaftsraumes und des Einflusses war für die Union primäres Ziel, um so ein entscheidender Wirtschaftsfaktor in der Welt zu sein. Auch bei all den Problemen der Union, strahlt sie nach wie vor Attraktivität für andere Nationen aus, denn viele sind in Beitrittsverhandlungen. Nachdem in Europa über Jahrhunderte Konflikte blutig ausgetragen wurden, wird die Integration der neuen Nationen auch als Friedensprojekt gefeiert und wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis prämiert. Die Europäische Union ist nicht nur ein Wirtschaftsraum sondern auch ein Friedensprojekt, dass aber bei den wirtschaftlichen Interessen oft vergessen wird. Auch wenn Soft Power als harmlosere Methode für die Durchsetzung politischer Interessen erscheint, gibt es Gründe warum man diese mit Vorsicht nehmen sollte.

Die Überlegenheit der westlichen Werte. Blue Jeans, Rock'n Roll und Demokratie waren in den 40iger Jahren Markenzeichen für den Wiederaufbau Europas. Wirtschaft, Kultur und Ideologie bildeten das Fundament des Marshall Plans, der Europa dabei helfen sollte sich wieder aus den Ruinen des Krieges zu erheben. Während man nach dem ersten Weltkrieg die Kriegsverlierer Deutschland und Österreich erniedrigte, begriff man nun sehr wohl, dass der noch verheerender zweite Weltkrieg seine Wurzeln in der verfehlten Friedenspolitik des Ersten hatte. Es reichte also nicht, den Gegner zu

demütigen. Dieses Mal wollte man nicht die gleichen Fehler begehen. Es war wichtig Europa auf ein solides Fundament des Wohlstandes zu stellen, um langfristig Frieden zu stiften. Diese Idee entwickelte bereits der Philosoph Immanuel Kant in „der ewige Friede“, denn wenn Länder untereinander wirtschaftlich abhängig sind, besteht weniger Gefahr eines kriegerischen Konfliktes. Mit dem Aufbau Europas gründete man gleichzeitig auch ein ideologisches Bollwerk gegen den neuen Feind im Osten. Der kalte Krieg zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten schickte an der Berliner Mauer im Oktober 1961 seine Vorboten voraus und sollte die Geopolitik der folgenden 30 Jahre prägen. In dieser Zeit schrammte die Welt nicht nur einmal an einem dritten Weltkrieg vorbei, der durch die atomaren Möglichkeiten schrecklich Folgen für die ganze Menschheit gehabt hätte. Und wie bereits erwähnt, endeten die Spannungen zwischen beiden Blöcken mit dem Fall der Mauer nicht. Die Gefahr ist immer noch nicht gebannt, wie man im Konflikt USA und Nordkorea sehen kann. Diese Zeit war geprägt von Hard Power und Stellvertreterkriegen wie in Korea, Vietnam oder Afghanistan, aber auch den Ressourcenkriegen in Afrika und Südamerika.

Das ideologische Fundament waren die Prinzipien der Freiheit. Die freie Welt schwor sich auf die Menschenrechte, offene Gesellschaften und die Demokratie ein. Diese Grundwerte sollen durch Wohlstand und wirtschaftliche Freiheiten für alle Bürger gewährleistet werden und wurden als Ideale für die ganze Welt betrachtet, da man sie als natürliche Rechte des Menschen sah. Für viele Nationen, die sich noch feindlich in den Weltkriegen gegenüberstanden, trug der gemeinsame Wohlstand zur Überbrückung der historischen Feindschaften bei, wie man zwischen Frankreich und Deutschland sieht. Aber unter dem Deckmantel dieser Freiheiten werden bis heute politische und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt, die unter Umständen entgegengesetzt dieser Grundprinzipien sein können. So schloss Georg W. Bush seine Kriege an die Nation, die den Irakkrieg von 2003 einleiteten, mit den Worten: „*We will bring freedom to others and we will prevail.*“ Unter der Beteiligung von europäischen Staaten *befreite* man den Irak vom diktatorischen Systems Saddam Husseins. Prinzipiell aus westlicher Sicht ein legitimer Krieg, da Diktaturen den Prinzipien der Freiheit radikal gegenüberstehen, dennoch hatte die militärische Intervention weitreichende Folgen. Obwohl nie Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden wurden und auch nie eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und den Terrorangriffen

vom 9/11 in New York nachgewiesen wurde, mußten die Werte den Krieg legitimieren. Sie kaschierten den eigentlichen Kriegsgrund: Es ist kein Geheimnis das wirtschaftliche Interessen und vor allem das ÖL den Motor der Kriegsmaschinerie antrieben. Der Wertetransfer vom Westen in eine Region des mittleren Osten, die keinerlei Erfahrungen mit liberalen und demokratischen Gesellschaften hatte und noch weniger mit Grundprinzipien der Freiheit, sollte es für die nächsten Jahrzehnte verheeren. Schlimmer noch, sie erzeugten das Terrorregime des Islamischen Staates, das seine blutige Spur weit über die Grenzen des Iraks bis nach Europa zieht. Die Ablehnung der verhassten westlichen Werte kehrt in Form des Terrorismus nach Europa zurück.

Auch in Osteuropa ist eine Tendenz in der Ablehnung liberaler Gesellschaften zu erkennen. Ein ähnliches Problem des Wertetransfers trat auch hier zutage, obwohl diese sich dem Westen freiwillig durch Soft Power anschlossen und nicht wie im Irak durch Hard Power *befriedet* wurden. Die Bürger hatten die Mangelwirtschaft und politische Unmündigkeit unter dem Kommunismus noch nicht vergessen. Sie sehnten sich nach wirtschaftlichen und politischen Standards des Westens als ein alternatives Modell, dass auch ihnen Wohlstand garantieren sollte. Der Luxus und Konsum sollte in die leeren Regale einziehen. Auch politisch stellte das alte System der ehemaligen Sowjetunion keine Alternative dar, auch deswegen nicht, da sich Russland zwischen Demokratie, Oligarchie und Autokratie festgefahren hatte. Mit der auch für sie neuen geopolitischen Situation und des Einflussverlusts auf wichtige Staaten mussten sie sich sowohl intern als auch extern neu positionieren. Wirtschaftlich zog der Kapitalismus ein, aber mit einer Geschwindigkeit, die es nicht gestattete es rechtzeitig zu regulieren. Ein desregulierter Markt bat nur wenigen die Möglichkeit sich zu behaupten und schaffte eine neue Klasse der Oligarchie, die zunehmend versucht auch politischen Einfluss zu gewinnen. Gleichzeitig aber schottete man sich nach unten ab und somit war der neu gewonnene Wohlstand nicht für alle Bürger zugänglich. Die Politik versucht diesen Einfluss mit strengeren Regeln entgegenzutreten und nimmt dabei autokratische Züge an. Ähnlich wie mit den Werten, war das kapitalistische System neu und ungewohnt und nutzte nur Wenigen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich in Russland weit. Es war daher für Länder wie Polen, Ungarn, Rumänien oder dem Baltikum attraktiver sich der europäischen Union anzuschließen, als den gleichen Weg mit Russland zu gehen und einige Länder wie die Tschechische Republik machten auch in kürzester Zeit erstaunliche Fortschritte.

Neben dem wirtschaftlichen und dem politischen Wandel in den neuen Mitgliedstaaten brachte auch die Migration nach Europa weitere Probleme mit sich. Sie schaffte multikulturelle Gesellschaften und sorgte für eine Werteververschiebung. Etablierte Gesellschaften fühlen sich bedroht und beklagen den Verlust von Traditionen und Werten, die ihnen die eigene Identität stiftet. Die Veränderungen in der Demographie erzeugen neue Probleme und damit haben nicht nur die neuen Mitgliedsstaaten zu kämpfen sondern auch die etablierten Nationen in der Union. Und wie schwer dieser Prozess ist, sieht man in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien, die weit gefestigtere Demokratien sind und nicht in starren Systemen gefangen sind. Normalerweise durch ihre liberalere Tradition könnten sie besser auf Veränderungen reagieren, dies scheint ihnen aber nicht zu gelingen, da auch dort Rechtskonservative und Populisten ihnen politisch das Wasser abgraben.

Der Boden für den Wertetransfer in die neuen Mitgliedstaaten war noch nicht vorbereitet. Um mit radikalen Veränderungen des Sozial-, Politik- und Wirtschaftssystems umzugehen, braucht es Zeit, die der Osten noch nicht hatte. Es braucht aber auch die Möglichkeit Fehler zu begehen, die aber in der Politik nicht vergeben werden. Auch wenn die Soft Power diese Werte auf friedliche Weise transferiert und die Länder nicht wie im Irak dazu zwingt diese anzunehmen, ist nicht gewährleistet, dass diese dann auch auf fruchtbaren Boden fallen. Durch die schlechten Erfahrungen im Umgang mit offenen Gesellschaften und demokratischen Systemen gehen die neuen Mitgliedsstaaten dahin den liberalen Traditionen eine Absage zu erteilen, da rechtskonservative Positionen scheinbar stärkere Argumente im Umgang mit den daraus resultierenden Problemen bieten.

Die fehlende Erfahrung mit der Demokratie. Die europäische Union ist sowohl gemeinsamer Wirtschaftsmarkt als auch, wie stets vorgegeben wird, eine Wertegemeinschaft. Dazu gehören unter anderem demokratiepolitische Standards einer liberalen Gesellschaft, der Rechtsstaat, Gewaltenteilung sowie Meinungsfreiheit und freie Presse. Diese sind nicht nur Voraussetzung für die Teilnahme, sondern auch Bedingung für den Verbleib in der Union. Da auch Institutionen Attraktivität ausstrahlen können, kann man die Kraft dieser Institutionen nach Nyes Definition als Soft Power bezeichnen. Sie garantieren ein Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit unter den Bürgern. Aber genau diese Standards stellten viele Länder der ehemaligen Sowjetunion vor ein Problem, da, wie oben angeführt, diese keinerlei Erfahrungen mit liberalen Gesellschaften

hatten und noch weniger mit der Demokratie. Demokratische Entscheidungen sind oft langwierige Prozesse und ruhen in repräsentativen Demokratien meist nicht auf einem allgemeinen Konsens oder können zwar notwendig aber unpopulär sein. Hinzu kommt, dass sich viele Nationen durch die europäische Union fremdbestimmt sehen. Verordnungen von Bürokraten in Brüssel zielen oft an den realen Lebensumständen der Bürger vorbei. Der Regulierungszwang, um gleiche Standards zu erreichen, erweist sich als Bumerang und wird als politisches Mittel Rechtskonservativer gegen die Union missbraucht. Auch wenn die Union Wohlstand brachte, bringt sie zu wenig Sensibilität im Umgang mit seinen Bürgern auf. Die Union ist eine abstrakte Institution, die mit den konkreten Lebenssituationen nichts gemeinsam habe, ist ein starkes Argument der EU Gegner.

Wie schwierig es ist in einer Demokratie mit verschiedenen Meinungen umzugehen, ist auch in diesen Ländern zu beobachten, denn auch dort verschiebt sich das politische Gefüge nach Rechts, die sich gegen diese Grundwerte aussprechen. Der Rechtspopulismus der letzten Jahrzehnte verschärfte diese Tendenz. Die neuen Mitgliedstaaten machten die notwendigen Erfahrungen noch nicht und konnten somit nicht so schnell mit den Wertestandards des Westens aufschließen. Es braucht Erfahrung wie man mit den Widersprüchen und anderen Meinungen umgehen soll, die auch der Westen machen musste. Demokratie bedeutet die ständige Erneuerung dieses Grundkonsenses. Auch die Länder des Westens mussten diese Erfahrungen machen. Die Weimarer Republik in Deutschland ist ein gutes Beispiel dafür, wie schnell ein demokratisches System in den Totalitarismus abrutschen kann. Zu jung und zu unerfahren war die Bürger im Umgang mit der Demokratie, die den aufkeimenden Nationalsozialismus nicht stoppen konnte. Dieses Phänomen könnte sich auch im Osten wiederholen.

Der Trugschluss der Union war, dass sie glaubte, dass die neuen Mitgliedstaaten diese Standards bei ihrer Aufnahme bereits erreicht hätten. Die meisten der neuen Mitglieder erteilten den liberalen Gesellschaften relativ schnell eine Absage und wählten rechtskonservative Parteien in ihre Regierungen, die gegen genau diese westlichen Werte Stimmung machten. Die Demokratie erschien ihnen als langsames Vehikel, mit der man nicht schnell genug auf die Veränderungen reagieren könne. Sie traten auch gegen den Einfluss des Europäischen Parlamentes an und des Europäischen Gerichtshofes, da sie es als einen Eingriff in die nationale Souveränität betrachteten. Es regierte wieder der Nationalstolz, die Tradition und die Abschottung. Genau diesen Weg, den man nicht gehen wollte

und die Union auch nicht vorsieht, da man sich für den Beitritt entschieden hatte und zwar auf allen Ebenen.

Es scheint, dass die demokratiepolitischen Werte zwar abgelehnt werden, aber die ökonomischen Vorteile, die der gemeinsame Wirtschaftsraum bietet, nicht. Das widerspricht aber den allgemeinen Leitlinien der Union. Es ist eine selektive Wahl der Optionen, die den größten Vorteil bringen bei gleichzeitiger Negierung der Nachteile. Dieser Umstand war ein entscheidender Faktor der Briten, der zu einem möglichen Austritt aus der Union führen könnte. Sie sehen bei einem Verbleib weniger Vorteile, was aber gegen das Prinzip der Solidarität spricht.

Ähnliche Tendenzen sind auch in den neuen Mitgliedsstaaten im Osten erkennbar. In Ungarn trat die Partei Fidesz unter Viktor Orbán an, der als Hardliner in der Flüchtlingsfrage hervortrat und gegen alle internationalen Konventionen 2015 die Flüchtlingsroute über Ungarn schloss. Seine Partei zeichnet sich aber auch für den Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien im eigenen Land verantwortlich. Ebenso gegen Polen wird mittlerweile ein Verfahren durch die Union angedacht, da die neue Justizreform durch die regierende PiS unter Jarosław Kaczyński die Politik bevollmächtigte, Einfluss auf das Justizsystem zu nehmen. Dies ist eine klare Verletzung des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung. Gerade in Polen dominieren klerikal konservative Positionen die Politik. Die Trennung von Kirche und Staat wird Stückweise aufgehoben. Die Regierung vertritt eine harte Linie gegen Abtreibung und Rechte für Homosexuelle. Die Union entgegnet diese Verletzung gegen Grundrechte des Einzelnen nicht vehement genug, da dies ein Drahtseilakt zwischen nationaler Autonomie und den Grundwerten der Union ist. Eine klare Stellungnahme würde aber auch bedeuten, die Skepsis gegen die Institutionen und Werte der Europäischen Union zu verstärken und somit genau den Nationalisten und Rechtskonservativen in die Hände zu spielen, die sich gegen eine Einmischung in nationale Agenden verwehren. Andererseits ist es aber auch Wasser auf die Mühlen von Kritikern, die die Union als reine wirtschaftliche und militärische Gemeinschaft sehen, nicht aber als eine Wertegemeinschaft. Die Werte seien vorgeschoben und spitzen sich in einer Doppelmoral zu, in der sie gewählt und abgewählt werden, wie sie gebraucht werden. Die fehlende Solidarität in der Finanzkrisis 2010 in Griechenland ist nur ein weiteres Beispiel dafür. Es ist zwar evident, dass die Finanzprobleme Griechenlands hausgemacht sind, dennoch wurde ein ganzer Staat bzw. eine Gesellschaft finanziell ausgeblutet und in den Bankrott getrieben. Es wurde zwar vorgegeben, dass man den grie-

chischen Staat retten wolle und somit das Gesundheits-, Schul- und Pensionssystem. In Wirklichkeit wurden aber nur die Banken gerettet, die dem Staat, obwohl dies bekannt war, dass er nicht liquide war, ungedeckte Kredite vergab. Das geschmacklose Detail am Rande ist, dass die griechischen Banken größtenteils in den Händen internationalen Konsortien ist und am Ende die Union sich das eigene Kapital gerettet hatte, nicht aber den griechischen Staat. Dieser darf über die nächsten Generation die Schulden eines Raubtierkapitalismus durch die Banken abbezahlen. Die Union verlor an Glaubwürdigkeit, denn von der hochgelobten Solidarität unter den Mitgliedsstaaten war keine Spur zu sehen. Ein abschreckendes Beispiel für andere Staaten und für Kritiker an der Union ein Hinweis genug, dass diese nur eine rein wirtschaftliche und militärische, nicht aber eine Wertegemeinschaft ist. Sie erkennen eine Doppelmoral, da diese Werte nur vorgeschoben werden, wie man sehr gut an der Finanzkrise in Griechenland erkennen kann.

Selbst wenn Soft Power Werte transportieren möchte, hilft es nicht, wenn diese nicht kohärent sind. Die Europäische Union hat ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn sie unterschiedliche Standards anwendet. Noch mehr wenn sie etwas vorgibt zu sein, was sie eigentlich nicht ist. Zu sehr stehen wirtschaftliche Interessen im Vordergrund und der Verdacht der Fremdsteuerung durch multinationale Konzerne, als dass sie sich eine Union der Menschen oder der verschiedenen Kulturen nennen darf. Wenn diese Widersprüche auf ein Terrain fallen, dass mit diesen nicht umzugehen weiß, ist es klar, dass es einen Vertrauensverlust geben wird. Mehr noch wenn die Interpretationshoheit so stark zwischen Liberalen und Konservativen umkämpft ist wie heute.

Schlussfolgerungen. Der Bruch zwischen Liberalen und Konservativen in den Gesellschaften ist nicht nur in den ehemaligen Osten erkennbar, sondern eine politische Realität auch im Westen. Die Fronten sind seit der Aufklärung klar erkennbar, treten aber nicht immer so augenscheinlich zum Vorschein wie heute. Eine Reihe von Ereignissen bestätigen, dass der Kampf um die Interpretation dieser Welt von beiden Seiten intensiver geführt wird. Schon seit Jahren erleben rechtskonservative und populistische Parteien einen Aufschwung in Europa und den USA. Teilweise sind sie schon in den nationalen Parlamenten vertreten oder es gelang ihnen sich schon an Regierungen zu beteiligen. Hier anzuführen wäre Silvio Berlusconi mit seiner gegründeten Partei Forza Italia, der es viermal zum Ministerpräsidenten Italiens schaffte, die Beteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs an der Regierung 2001 oder die Front National

in Frankreich, die unter den Le Pens starken Zugewinne verzeichnen konnten und es 2017 fast zur Präsidentschaft von Marie Le Pen schafften. Auch in Deutschland ist die rechtspopulistische Partei AFD in regionalen Regierungen vertreten und auf dem Sprung ins nationale Parlament. Nigel Farage war mit seiner nationalkonservativen Partei UKIP ausschlaggebend am BREXIT Englands aus der EU beteiligt. Weltweit gesehen, war aber wahrscheinlich der Wahlsieg Trumps in der Präsidentschaft der USA 2016, das größte Ereignis das zu einer Erosion der Bruchlinie zwischen Liberalen und Konservativen hervorbrachte. Was alle Politiker dieser Parteien gemeinsam haben, ist eine tiefe Abneigung gegen liberale und multikulturelle Gesellschaften, aber auch an rechtstaatlichen und demokratiepolitischen Prinzipien, die zu Frieden und Wohlstand in weiten Teile der Welt nach dem 2. Weltkrieg beigetragen haben.

Die Erweiterung der Union macht aber nicht im Osten halt. Neue Mitgliedswerber aus dem Südosten Europas, allen voran die Türkei, stehen in Beitrittsverhandlungen mit der EU. Mit der Türkei steht ein Recep Erdogan mit der Union über einen Beitritt in Verhandlung, der sich gegen den Liberalismus stemmt und den sonst laizistischen in einen islamischen Staat verwandelt. Von Presse und Meinungsfreiheit ist seit dem Putsch 2016 nichts mehr zu sehen. Und genau dort wird man den Spagat zwischen den wirtschaftlichen Interessen und den Werten ansehen können, die der Despot vom Bosphorus mit Füßen tritt. Die Türkei ist ein wichtiger Wirtschaftspartner und aufstrebende Wirtschaftsnation, die aber alle liberalen Werte den Kampf angesagt hat. Die Union wird ein klares Bekenntnis zu ihren Werten abgeben müssen oder sich endgültig als das zu enttarnen was sie wirklich ist: Eine Wirtschaftsunion.

Die Soft Power ist Methode ohne Inhalt. Die Form ist die friedliche Durchsetzung von Interessen ohne dabei auf Gewalt zu setzen. Sie muss für den Gegenüber attraktiv erscheinen, damit er überzeugt ist sich diesem Weg anzuschließen. Wenn aber die Methoden nicht kohärent sind, hat auch die Soft Power seine Schwierigkeit nachhaltig zu sein. Da sie Methode ist, oder besser gesagt „Mittel zum Zweck“, ist sie an ihrem Ziel zu Messen. Die Idee stammt aus dem kategorischen Imperativ Immanuel Kants, da sie nur moralisch legitimiert ist, wenn sie einen guten Zweck befolgt. Wenn sie nur dafür dient, schlechte Intensionen mit friedlichen Mitteln zu erreichen, ist auch sie abzulehnen. Leider sind geopolitische Interessen nach wie vor mehr Selbstzweck, als eine Politik der Werte wie Solidarität und ein gemeinsames Wohl ohne auf Kosten der Anderen. Die Grundprinzipien der Europäischen Union würden diese zwar

gewährleisten, wenn sie diese aber ständig verrät, verkommen diese aber zur Unglaubwürdigkeit.

BIBLIOGRAFIA

Nye J. *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*. Basic Books, 1990.

Nye J. *Soft Power. The means to success in world politics*, New York, Public Affairs, 2004.

Nye J. *The Benefits of Soft Power*, available at: <http://hbswk.hbs.edu/archive/4290.html> (accessed 10.08.2018).

Роберт Стингл,
преподаватель факультета Политических наук,
Автономный университет штата Мехико,
Мексика

Адриана Франко Варгас,
аспирант факультета Политических Наук,
Автономный университет штата Мехико,
Мексика

Критика мягкой силы как метода мирного укрепления геополитических интересов

Аннотация

Мягкая сила рассматривается как мирная форма укрепления геополитических интересов. Джозеф Най сформулировал данное понятие в 90-х годах в противовес понятию жёсткой силы, которая включает войну, угрозу, подкуп и коррупцию. Исторически последний вариант был главным средством разрешения международных конфликтов. Поскольку последствия ущерба от подобных конфликтов являются непредвиденными, и подсчёт производится обычно в краткосрочной перспективе, то данный подход нуждается в переосмыслении.

Ключевые слова:

мягкая сила, жёсткая сила восточное содружество, европейский союз, геополитика.

Criticism of Soft Power as a Method of Geopolitical Interests Peaceful Enforcement

Abstract

Soft power is seen as a peaceful form of geopolitical interests enforcement. Joseph Nye formed this concept in the 90s, and put it in clear contrast to hard power, which operates with tougher methods such as war, threat, bribery and corruption. It has historically been the first option in solving international conflicts. However, since the consequential damages are not foreseeable and they usually results in a short-term but not long-term solution, a rethinking had to be done. How far Soft Power contributes to a better conflict resolution is questionable and the subject of this text.

Keywords:

soft power, hard power, eastern enlargement, European union, geopolitics.